

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 10 München, den 18. Juli 1962

Datum	Inhalt	Seite
11. 7. 1962	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Anwendung von bundesrechtlichen Vorschriften des allgemeinen Abgabenrechts auf landesrechtlich geregelte Abgaben	103
11. 7. 1962	Gesetz zur Ausführung des Reichsvermögen-Gesetzes vom 16. Mai 1961 (BGBl. I S. 597)	103
11. 7. 1962	Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten des Landesjugendamts	104
12. 7. 1962	Verordnung zur Durchführung des § 1 Abs. 4 des Gesetzes zur Einschränkung der Bau-tätigkeit	104
12. 7. 1962	Vierte Landesverordnung zur Änderung der Grenzort-Ladenschlußverordnung	104
12. 7. 1962	Landesverordnung über den Ladenschluß in Kur-, Erholungs-, Ausflugs- und Wallfahrts-orten (KLSchlV)	104
3. 7. 1962	Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden (KuRV)	108
19. 6. 1962	Verordnung zur Änderung der Prüfungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Mittelschulen in Bayern	109
20. 6. 1962	Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft	109
28. 6. 1962	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung von Benutzungsgebühren durch Dienststellen der Staatsforstverwaltung	110
3. 7. 1962	Verordnung zur Änderung der Durchführungsverordnung zum Umzugskostengesetz . . .	110
15. 6. 1962	Änderung der Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofs für den Freistaat Bayern . .	110

Gesetz

zur Änderung des Gesetzes über die Anwen-dung von bundesrechtlichen Vorschriften des allgemeinen Abgabenrechts auf landesrecht-lich geregelte Abgaben

Vom 11. Juli 1962

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das fol-gende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das Gesetz über die Anwendung von bundes-rechtlichen Vorschriften des allgemeinen Abgaben-rechts auf landesrechtlich geregelte Abgaben vom 12. Juni 1956 (BayBS III S. 429) wird wie folgt ge-ändert:

1. Art. 1 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes erhält folgende Fassung:

„3. das Steuersäumnisgesetz vom 13. Juli 1961 (BGBl. I S. 981/993)“.

2. Nach Art. 1 Abs. 1 Nr. 7 ist die folgende Nr. 8 neu einzufügen:

„8. das Gesetz über die Kosten der Zwangsvoll-streckung nach der Reichsabgabenordnung vom 12. April 1961 (BGBl. I S. 429)“.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1962 in Kraft.

München, den 11. Juli 1962

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Hans Ehard

Gesetz

zur Ausführung des Reichsvermögen-Gesetzes vom 16. Mai 1961 (BGBl. I S. 597)

Vom 11. Juli 1962

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das fol-gende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Art. 1

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermäch-tigt, Vermögensrechte, die dem Freistaat Bayern nach § 3 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsver-hältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligungen (Reichsvermögen-Gesetz) vom 16. Mai 1961 (BGBl. I S. 597) übertragen werden, ohne Ent-schädigung einer Gemeinde (Gemeindeverband) oder einem anderen Rechtsträger auf Antrag zu übertragen, wenn nach Landesrecht der Gemeinde (Gemeindeverband) oder dem sonstigen Rechtsträger die Verwaltungsaufgabe obliegt, für die das Ver-mögensrecht benutzt wird und die im Sinne des § 3 des Reichsvermögen-Gesetzes als grundgesetzliche Verwaltungsaufgabe des Landes anerkannt wor-den ist.

Art. 2

(1) Der Grunderwerbsteuer unterliegen nicht Rechtsvorgänge, die aus Anlaß und in Durchfüh-rung des Reichsvermögen-Gesetzes oder des Art. 1 dieses Gesetzes vorgenommen werden.

(2) Gerichtsgebühren und Verwaltungsgebühren die aus Anlaß und in Durchführung des Art. 1 dies-es Gesetzes entstehen, werden nicht erhoben. Bare Auslagen bleiben außer Ansatz.

Art. 3

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1961 in Kraft.
München, den 11. Juli 1962

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Hans Ehard

Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten des Landesjugendamts

Vom 11. Juli 1962

Auf Grund der §§ 74 Abs. 2 und 89 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1206) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Für die Aufgaben und Befugnisse des Landesjugendamts in der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung nach den §§ 62, 63, 65, 69, 70, 71, 73 und 75 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt sind die Jugendämter zuständig.

§ 2

(1) Die Fürsorgeerziehung eines Minderjährigen ist von dem Jugendamt auszuführen, in dessen Bezirk der Ort liegt, von dem das Vormundschaftsgericht unmittelbar oder mittelbar seine Zuständigkeit hergeleitet hat.

(2) Wird die Fürsorgeerziehung vom Jugendgericht angeordnet, so ist sie von dem Jugendamt auszuführen, das zuständig wäre, wenn das Vormundschaftsgericht die Fürsorgeerziehung angeordnet hätte.

§ 3

(1) Die Aufgaben und Befugnisse des Landesjugendamts nach § 78 Abs. 1 bis 5 und § 79 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt nimmt die Regierung wahr. Diese kann mit der Überprüfung der Einrichtungen nach § 78 Abs. 5 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt das Jugendamt beauftragen, in dessen Bezirk die Einrichtung liegt.

(2) Für Kindergärten, Kinderhorte und ähnliche Einrichtungen nimmt abweichend von Absatz 1 die Kreisverwaltungsbehörde die Aufgaben und Befugnisse des Landesjugendamts nach § 78 Abs. 1 bis 5 und § 79 Abs. 1 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt wahr, soweit nicht eine kreisfreie Gemeinde oder ein Landkreis Träger dieser Einrichtungen ist.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1962 in Kraft.
München, den 11. Juli 1962

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Hans Ehard

Verordnung zur Durchführung des § 1 Abs. 4 des Gesetzes zur Einschränkung der Bautätigkeit

Vom 12. Juli 1962

Auf Grund des § 1 Abs. 4 des Gesetzes zur Einschränkung der Bautätigkeit vom 8. Juni 1962 (BGBl. I S. 365) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

§ 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur Einschränkung der Bautätigkeit findet in folgenden Gebieten keine Anwendung:

Regierungsbezirk Niederbayern:

Stadtkreise Deggendorf, Passau;
Landkreise Bogen, Deggendorf, Grafenau, Kötzing, Passau, Regen, Viechtach, Wegscheid, Wolfstein;

Regierungsbezirk Oberpfalz:

Stadtkreis Weiden;
Landkreise Cham, Kemnath, Nabburg, Neunburg vorm Wald, Neustadt a. d. Waldnaab, Oberviechtach, Roding, Tirschenreuth, Vohenstrauß, Waldmünchen;

Regierungsbezirk Oberfranken:

Stadtkreise Bamberg, Bayreuth, Coburg, Hof, Kulmbach, Marktredwitz, Neustadt b. Coburg, Selb;

Landkreise Bamberg, Bayreuth, Coburg, Hof, Kronach, Kulmbach, Lichtenfels, Münchberg, Naila, Rehau, Stadtsteinach, Staffelstein, Wunsiedel;

Regierungsbezirk Unterfranken:

Stadtkreise Bad Kissingen, Schweinfurt;

Landkreise Bad Kissingen, Bad Neustadt a. d. Saale, Brückenau, Ebern, Haßfurt, Hofheim, Königshofen i. Grabfeld, Mellrichstadt, Schweinfurt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 17. Juni 1962 in Kraft.
München, den 12. Juli 1962

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Hans Ehard

Vierte Landesverordnung zur Änderung der Grenzort-Ladenschluß- verordnung

Vom 12. Juli 1962

Auf Grund des § 10 Abs. 3 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875) in der Fassung der Gesetze vom 17. Juli 1957 (BGBl. I S. 722) und vom 14. November 1960 (BGBl. I S. 845) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

In der Anlage zur Landesverordnung über den Ladenschluß am Samstag und am Mittwoch in Gemeinden in der Nähe der Bundesgrenze (Grenzort-Ladenschlußverordnung) vom 15. Januar 1958 (GVBl. S. 7) in der Fassung der Landesverordnungen vom 30. Oktober 1958 (GVBl. S. 320), vom 14. Mai 1959 (GVBl. S. 171) und vom 7. März 1961 (GVBl. S. 88) werden folgende Gemeinden gestrichen:

Regierungsbezirk

Landkreis	Nr.	Ort
Oberbayern	1	Markt Marktschellenberg
	2	Gem. Au
	3	Gem. Königssee

§ 2

Diese Verordnung tritt am 23. Juli 1962 in Kraft.
Sie tritt am 31. Dezember 1977 außer Kraft.

München, den 12. Juli 1962

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Hans Ehard

Landesverordnung über den Ladenschluß in Kur-, Erholungs-, Ausflugs- und Wallfahrtsorten (KLSchlV)

Vom 12. Juli 1962

Auf Grund des § 10 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875) in der Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1957 (BGBl. I S. 722) und vom 14. November 1960 (BGBl. I S. 845) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

In den in der Anlage aufgeführten Gemeinden oder Gemeindeteilen dürfen frische Früchte, alkoholfreie Getränke, Milch und Milcherzeugnisse im Sinne des § 4 Abs. 2 des Milch- und Fettgesetzes in der Fassung vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811),

Süßwaren, Tabakwaren, Blumen und Zeitungen, ferner, soweit sie für diese Orte kennzeichnend sind, Devotionalien, Badegenstände und andere Waren, abweichend von den Vorschriften des § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 3 des Gesetzes über den Ladenschluß

1. an jährlich höchstens zweiundzwanzig Sonn- und Feiertagen bis zur Dauer von vier Stunden,
2. samstags bis spätestens achtzehn Uhr feilgehalten werden.

§ 2

(1) Die Öffnungszeiten werden unter Freihaltung der Zeit des Hauptgottesdienstes von der Kreisverwaltungsbehörde durch Rechtsverordnung festgesetzt. Die Kreisverwaltungsbehörden bestimmen auch, an welchen Sonn- und Feiertagen und an welchen Samstagen im Rahmen von § 1 offengehalten werden darf.

(2) Verkaufsstellen, die am Samstagnachmittag offenhalten dürfen, müssen am Mittwoch derselben Woche von vierzehn Uhr an geschlossen sein; dies gilt nicht für die Wochen, in denen der Ladenschluß am Samstag allgemein auf achtzehn Uhr festgesetzt ist.

§ 3

Die Offenhaltung ist auf diejenigen Verkaufsstellen beschränkt, in denen eine oder mehrere der genannten Waren im Verhältnis zum Gesamtumsatz in erheblichem Umfang geführt werden.

§ 4

Vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen die Vorschrift des § 2 Abs. 2 dieser Verordnung werden als Ordnungswidrigkeiten nach § 25 des Ladenschlußgesetzes geahndet.

§ 5

(1) Diese Verordnung tritt am 23. Juli 1962 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Landesverordnung über den Ladenschluß in Kur-, Erholungs-, Ausflugs- und Wallfahrtsorten vom 10. Mai 1958 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Juni 1961 (GVBl. S. 177) außer Kraft.

München, den 12. Juli 1962

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Hans Ehard

Liste der Gemeinden

Anlage

Regierungsbezirk Landkreis kreisfreie Gemeinde	Gemeinde bzw. Ortsteil
Oberbayern	
Lkr. Altötting	Stadt Altötting Stadt Burghausen (nur Altstadt, bestehend aus den Nummern 1 bis 285, der Burg und der Curastraße)
Lkr. Bad Aibling	Stadt Bad Aibling Gde. Feilnbach Gde. Tuntenhausen Gde. Wiechs (nur Ortsteil Jenbach)
Stadt Bad Reichenhall	Stadt Bad Reichenhall
Lkr. Bad Tölz	Gde. Bad Heilbrunn Stadt Bad Tölz Gde. Benediktbeuern Gde. Bichl Gde. Jachenau Gde. Kochel (nur Ortsteile Joch, Kochel, Ried, Urfeld u. Walchensee) Gde. Lenggries Gde. Sachsenkam
Lkr. Berchtesgaden	Gde. Anger Gde. Au Gde. Aufham Gde. Bayerisch Gmain Markt Berchtesgaden

Regierungsbezirk Landkreis kreisfreie Gemeinde	Gemeinde bzw. Ortsteil
noch Lkr. Berchtesgaden	Gde. Bischofswiesen Gde. Högl Gde. Karlstein Gde. Königssee Gde. Landschellenberg Gde. Maria Gern Markt Marktschellenberg Gde. Marzoll Gde. Piding Gde. Ramsau b. Berchtesgaden Gde. Salzberg Gde. Scheffau Gde. Schneizlreuth Gde. Schönaubach Gde. Weißbach
Lkr. Ebersberg	Markt Ebersberg Markt Glonn
Lkr. Erding	Stadt Dorfen (nur Ortsteil Ruprechtsberg) Gde. Thalheim (nur Ortsteil Großthalheim)
Lkr. Fürstenfeldbruck	Gde. Wildenroth
Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Gde. Bad Kohlgrub Gde. Eschenlohe Gde. Ettal Gde. Farchant Markt Garmisch-Partenkirchen Gde. Grainau Gde. Krün Markt Mittenwald Gde. Oberau Gde. Oberammergau Gde. Ohlstadt Gde. Unterammergau Gde. Wallgau
Lkr. Landsberg a. Lech	Gde. Eresing (nur Ortsteil St. Ottilien) Markt Dießen a. Ammersee Gde. Oberschondorf Gde. Rieden a. Ammersee Gde. Unterschondorf Gde. Utting a. Ammersee
Lkr. Laufen	Gde. Ainning Stadt Laufen Gde. Leobendorf (nur Ortsteil Leobendorf) Gde. Neukirchen (am Teisenberg) Markt Teisendorf Stadt Tittmoning Markt Waging a. See
Lkr. Miesbach	Gde. Bad Wiessee Gde. Bayrischzell Gde. Fischbachau Gde. Gmund a. Tegernsee Gde. Holzolling (nur Ortsteile Holzolling und Großseeham) Gde. Kreuth Gde. Rottach-Egern Markt Schliersee Stadt Tegernsee Gde. Waakirchen Gde. Wattersdorf (nur Ortsteil Weyarn)
Lkr. München	Gde. Grünwald Gde. Planegg (nur Ortsteil Maria Eich)
Lkr. Pfaffenhofen a. d. Ilm	Gde. Scheyern
Lkr. Rosenheim	Gde. Bernau a. Chiemsee Gde. Brannenburg Gde. Breitbrunn a. Chiemsee Gde. Chiemsee Gde. Degerndorf a. Inn Gde. Endorf i. Obb. Gde. Flintsbach a. Inn Gde. Frasdorf Gde. Großbrannenburg

Regierungsbezirk Landkreis kreisfreie Gemeinde	Gemeinde bzw. Ortsteil	Regierungsbezirk Landkreis kreisfreie Gemeinde	Gemeinde bzw. Ortsteil
noch Lkr. Rosenheim	Gde. Gstadt a. Chiemsee Gde. Hohenaschau i. Chiemgau Gde. Kiefersfelden Markt Neubeuern Gde. Neukirchen (Simssee) Gde. Niereraschau i. Chiemgau Gde. Niederaudorf Gde. Nußdorf a. Inn Gde. Oberaudorf Markt Prien a. Chiemsee Gde. Ridering Gde. Rimsting Gde. Sachrang Gde. Söchtenau (nur Ortsteile Krottenmühl und Unterschhofen) Gde. Stephanskirchen (nur Ortsteil Baierbach) Gde. Törwang	noch Lkr. Wolfratshausen	Gde. Holzhausen Gde. Münsing Gde. Schäftlarn (nur Ortsteile Ebenhausen und Unterschäftlarn) Stadt Wolfratshausen
Lkr. Schongau	Gde. Bayersoien Gde. Hohenpeißenberg Gde. Peiting Gde. Rottenbuch Gde. Steingaden	Niederbayern Lkr. Bogen	Gde. Bernried Stadt Bogen Gde. Bogenberg Gde. Elisabethszell Gde. St. Englmar Gde. Falkenfels Gde. Gossersdorf Gde. Heibach Gde. Haselbach Gde. Haunkenzell Gde. Heilbrunn (nur Ortsteil Heilbrunn) Gde. Irschenbach Gde. Konzell Gde. Mitterfels Gde. Neukirchen Gde. Oberalteich Gde. Perasdorf Gde. Rattenberg Gde. Saulburg Gde. Wiesenfelden Gde. Windberg Gde. Zinzenzell
Lkr. Starnberg	Gde. Berg Gde. Breitbrunn a. Ammersee Gde. Buch Gde. Erling-Andechs Gde. Etterschlag (nur Ortsteil Walchstadt) Gde. Feldafing Gde. Hechendorf a. Pilsensee Gde. Herrsching a. Ammersee Gde. Inning a. Ammersee Gde. Oberalting-Seefeld Gde. Percha Gde. Pöcking Stadt Starnberg Gde. Steinebach a. Wörthsee Gde. Tutzing Gde. Weßling Gde. Widdersberg (nur Ortsteil Neuwidders- berg)	Lkr. Deggendorf	Gde. Iggenbach (nur Ortsteil Handlab) Gde. Lalling Gde. Niederalteich Gde. Seebach (nur Ortsteil Halbmeile)
Lkr. Traunstein	Gde. Bergen Gde. Chieming Gde. Eisenärzt Gde. Grabenstätt Gde. Grassau Gde. Hammer Gde. Inzell Gde. Marquartstein Gde. Oberhochstätt Gde. Oberwössen Gde. Reit im Winkl Gde. Rottau Gde. Ruhpolding Gde. Schleching Gde. Seebruck Gde. Seon Gde. Siegsdorf Gde. Staudach-Egerndach Gde. Tabing Gde. Übersee Gde. Unterwössen	Lkr. Eggenfelden	Gde. Unterhöft (nur Ortsteil Heiligenberg)
Lkr. Weilheim	Gde. Antdorf Gde. Bernried Gde. Großweil Gde. Iffeldorf Markt Murnau Gde. Riegsee Gde. Schlehdorf Gde. Seehausen a. Staffelsee Gde. Seeshaupt Gde. Uffing a. Staffelsee	Lkr. Grafenau	Stadt Grafenau Gde. Klingenbrunn (nur Ortsteil Spiegelau)
Lkr. Wolfratshausen	Gde. Beuerberg Gde. Dietramszell (nur Ortsteile Dietramszell und Schöneegg)	Lkr. Griesbach i. Rottal	Gde. Aigen Gde. Safferstetten (nur Ortsteile Füssing, Saffer- stetten und Riedenburg)
		Lkr. Kelheim	Markt Bad Abbach Gde. Bad Gögging (nur Ortsteile Bad Gögging und Sittling) Markt Essing Stadt Kelheim (ausgenommen Ortsteil Affecking) Gde. Weltenburg
		Lkr. Kötzing	Gde. Blaibach Stadt Kötzing Gde. Lam Gde. Lohberg Markt Neukirchen b. Hl. Blut Gde. Rimbach
		Stadt Passau	Stadt Passau (nur Bereich der Altstadt vom Paulusbogen bis Orts- spitze, vom Ilzstadtbereich nur Oberhausseite und Ober- haus sowie der östlich des Inn gelegene Teil des Stadt- teils Innstadt)
		Lkr. Passau	Gde. Bad Höhenstadt (nur Ortsteil Bad Höhen- stadt)
		Lkr. Pfarrkirchen	Stadt Pfarrkirchen (nur Ortsteil Gartlberg)
		Lkr. Regen	Gde. Bayerisch Eisenstein Gde. Bischofsmais (nur Ortsteile Bischofsmais und Wastlsäge) Gde. Bodenmais Gde. Eggenried (nur Ortsteil Weißenstein) Gde. Frauenau

Regierungsbezirk Landkreis kreisfreie Gemeinde	Gemeinde bzw. Ortsteil	Regierungsbezirk Landkreis kreisfreie Gemeinde	Gemeinde bzw. Ortsteil
noch Lkr. Regen	Gde. Kirchberg i. W. Gde. Langdorf Gde. March Gde. Rabenstein Stadt Regen Stadt Zwiesel	Lkr. Vohenstrauß	Gde. Altenstadt Markt Eslarn Markt Leuchtenberg Markt Moosbach Stadt Pleystein Markt Tannesberg Stadt Vohenstrauß Markt Weidhaus
Lkr. Straubing	Gde. Hornstorf (nur Ortsteil Sossau)	Lkr. Waldmünchen	Gde. Gleißenberg Gde. Herzogau Stadt Rötz Gde. Tiefenbach Stadt Waldmünchen
Lkr. Viechtach	Gde. Achslach Gde. Arnbruck Gde. Böbrach Gde. Drachselried Markt Ruhmannsfelden Gde. Teisnach Stadt Viechtach Gde. Wettzell	Oberfranken	
Lkr. Vilsbiburg	Stadt Vilsbiburg (nur Platz vor der Wallfahrtskirche Maria Hilf)	Stadt Bamberg	Stadt Bamberg (nur Umgebung des Domplatzes, begrenzt auf die Karolinenstraße, beginnend ab Kreuzung Lugbank-Ringleinsgasse bis zum Domplatz)
Lkr. Wegscheid	Gde. Breitenberg Markt Hauzenberg Markt Oberzell Markt Wegscheid	Lkr. Bamberg	Markt Ebrach
Lkr. Wolfstein	Gde. Bischofsreut	Lkr. Bayreuth	Stadt Bad Berneck Gde. Bischofsgrün Gde. Fichtelberg Stadt Goldkronach Gde. Goldmühl Gde. Oberwarmensteinach Gde. Warmensteinach Markt Weidenberg
Oberpfalz		Stadt Coburg	Stadt Coburg (nur Marktplatz, Schloßplatz und Veste)
Stadt Amberg	Stadt Amberg (nur Platz hinter der Wallfahrtskirche Maria Hilf)	Lkr. Ebermannstadt	Gde. Aufseß Stadt Ebermannstadt Markt Heiligenstadt Markt Muggendorf Gde. Streitberg Gde. Unterleinleiter Stadt Waischenfeld Gde. Egloffstein
Lkr. Burglengenfeld	Markt Kallmünz	Lkr. Forchheim	Gde. Großdechendorf Gde. Pommersfelden Stadt Schlüsselfeld
Lkr. Cham	Stadt Cham Stadt Furth i. Wald	Lkr. Höchstadt a. d. Aisch	Gde. Glosberg Gde. Lauenstein Gde. Oberlangenstein Markt Steinwiesen Stadt Wallenfels
Lkr. Eschenbach i. d. OPf.	Stadt Auerbach Stadt Eschenbach i. d. OPf. Markt Kirchenthumbach Markt Neuhaus a. d. Pegnitz Stadt Neustadt a. Kulm	Lkr. Kronach	Markt Kasendorf Markt Thurnau Markt Wirsberg
Stadt Neumarkt i. d. OPf.	Stadt Neumarkt i. d. OPf. (nur Platz vor der Wallfahrtskirche auf dem Maria-Hilf-Berg)	Lkr. Kulmbach	Stadt Weismain
Lkr. Neunburg vorm Wald Neustadt a. d. Waldnaab	Gde. Bodenwöhr Gde. Flossenbürg (nur nordöstlicher Teil mit Burgruine und Geißweiher)	Lkr. Lichtenfels	Markt Zell
Lkr. Oberviechtach	Gde. Gaisthal Markt Oberviechtach Stadt Schönsee Gde. Stadlern Markt Winklarn	Lkr. Naila	Markt Bad Steben Gde. Marxgrün (nur Ortsteil Hölle)
Lkr. Parsberg	Markt Beratzhausen Markt Breitenbrunn Gde. Oberwiesenacker (nur Ortsteil Habsberg) Stadt Velburg	Lkr. Pegnitz	Gde. Behringersmühle Stadt Betzenstein Gde. Elbersberg Markt Gößweinstein Gde. Obertrubach Markt Plech Stadt Pottenstein Gde. Tüchersfeld
Lkr. Regensburg	Gde. Aufhausen (nur Ortsteil Aufhausen) Markt Donaustauf Gde. Niederachdorf (nur Ortsteil Niederachdorf)	Lkr. Rehau	Stadt Hohenberg a. d. Eger
Lkr. Riedenburg	Markt Altmannstein Gde. Bettbrunn Stadt Dietfurt a. d. Altmühl Gde. Prunn (nur Ortsteil Schloß Prunn) Stadt Riedenburg	Lkr. Stadtsteinach	Gde. Marienweiher
Lkr. Roding	Markt Falkenstein Stadt Nittenau Gde. Reichenbach Stadt Roding Markt Stamsried Gde. Walderbach	Lkr. Staffelstein	Gde. Grundfeld (nur Ortsteil Vierzehnheiligen) Gde. Weingarten (nur Ortsteil Schloß Banz)
Stadt Schwandorf i. Bay.	Stadt Schwandorf i. Bay. (nur Plateau des Kreuzberges)	Lkr. Wunsiedel	Gde. Alexandersbad Gde. Schönbrunn (nur Ortsteil Luisenburg) Stadt Weißenstadt Stadt Wunsiedel
Lkr. Sulzbach-Rosenberg	Markt Königstein		
Lkr. Tirschenreuth	Markt Falkenberg Gde. Friedenfels Markt Fuchsmühl Markt Plößberg		

Regierungsbezirk Landkreis kreisfreie Gemeinde	Gemeinde bzw. Ortsteil
Mittelfranken	
Lkr. Dinkelsbühl	Stadt Dinkelsbühl
Lkr. Erlangen	Markt Eschenau Markt Heroldsberg Gde. Kalchreuth
Lkr. Fürth	Markt Cadolzburg
Lkr. Hersbruck	Gde. Algersdorf Gde. Artelshofen Gde. Enzendorf Gde. Eschenbach Gde. Förrenbach Gde. Happurg Gde. Hartenstein Gde. Heldmannsberg (nur Ortsteil Regelsmühle) Gde. Hohenstadt Gde. Hubmersberg Gde. Pommelsbrunn Gde. Thalheim Stadt Velden Gde. Vorra
Stadt Nürnberg	Stadt Nürnberg (nur Burg und Umgebung, begrenzt durch folgende Straßenzüge: Burg — Obere Söldnergasse — Paniers- platz — Schildgasse — Burg- straße — Obere Krämer- gasse — Untere Schmied- gasse — Albrecht-Dürer- platz — Bergstraße — Tier- gärtnertor — Burg)
Lkr. Nürnberg	Stadt Altdorf Gde. Schwarzenbruck
Stadt Rothenburg ob der Tauber	Stadt Rothenburg ob der Tauber
Lkr. Scheinfeld	Stadt Iphofen
Lkr. Uffenheim	Stadt Burgbernheim Stadt Windsheim
Lkr. Weißenburg i. Bay.	Stadt Pappenheim
Unterfranken	
Lkr. Alzenau	Gde. Kälberau
Lkr. Aschaffenburg	Gde. Heigenbrücken Gde. Hessenthal Gde. Mespelbrunn
Stadt Bad Kissingen	Stadt Bad Kissingen
Lkr. Bad Kissingen	Gde. Bad Bocklet
Lkr. Bad Neustadt a. d. Saale	Stadt Bad Neustadt a. d. Saale Gde. Haselbäch (nur Ortsteil Kloster Kreuzberg)
Lkr. Brückenau	Stadt Brückenau Gde. Eckarts-Rupboden Gde. Geroda Gde. Kothen Gde. Roßbach Gde. Volkers
Lkr. Gemünden	Gde. Gräfendorf Gde. Rengersbrunn Gde. Seifriedsburg (nur Ortsteil Schönau) Gde. Weickersgrüben (nur Ortsteil Roßmühle)
Lkr. Gerolzhofen	Gde. Escherndorf Stadt Volkach
Lkr. Haßfurt	Gde. Limbach Stadt Zeil (nur Ortsteil „Käppele“, Platz um die Wallfahrtskirche)
Lkr. Karlstadt	Gde. Hausen (nur Kloster Fährbrück) Markt Retzbach
Lkr. Kitzingen	Stadt Dettelbach Gde. Münsterschwarzach
Lkr. Lohr a. Main	Stadt Lohr a. Main (nur Kloster Maria Buchen) Stadt Rothenfels

Regierungsbezirk Landkreis kreisfreie Gemeinde	Gemeinde bzw. Ortsteil
Lkr. Marktheidenfeld	Stadt Stadtprozelten
Lkr. Miltenberg	Stadt Amorbach Gde. Großheubach Stadt Miltenberg
Lkr. Obernburg	Stadt Klinkenberg a. Main
Stadt Würzburg	Stadt Würzburg (nur Ortsteile Festung Ma- rienberg und „Käppele“, Platz um die Kirche)
Lkr. Würzburg	Gde. Veitshöchheim
Schwaben	
Lkr. Donauwörth	Stadt Harburg (Schwaben) Stadt Wemding
Lkr. Füssen	Gde. Buching Gde. Eisenberg Gde. Füssen Gde. Hopfen am See Gde. Hopferau Gde. Lechbruck Markt Nesselwang Gde. Pfronten Gde. Rieden Gde. Roßhaupten Gde. Schwangau Gde. Seeg Gde. Trauchgau Gde. Weißensee
Lkr. Kempten (Allgäu)	Gde. Martinszell Gde. Mittelberg
Stadt Lindau (Bodensee)	Stadt Lindau (Bodensee)
Lkr. Lindau (Bodensee)	Gde. Bodolz Gde. Hege Stadt Lindenberg i. Allgäu Gde. Nonnenhorn Gde. Oberreute Markt Scheidegg Gde. Wasserburg (Bodensee) Markt Weiler im Allgäu
Lkr. Memmingen	Markt Grönenbach Markt Ottobeuren Gde. Maria Steinbach
Lkr. Mindelheim	Stadt Bad Wörishofen
Stadt Nördlingen	Stadt Nördlingen
Lkr. Sonthofen	Gde. Aach i. Allgäu Gde. Balderschwang Gde. Bolsterlang Gde. Bühl a. Alpee Gde. Fischen i. Allgäu Gde. Gunzesried Markt Hindelang Stadt Immenstadt i. Allgäu Gde. Niedersonthofen Gde. Obermaiselstein Markt Oberstaufer Markt Oberstdorf Gde. Ofterschwang Gde. Rettenberg Markt Sonthofen Gde. Tiefenbach b. Oberstdorf Gde. Unterjoch Markt Wertach

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung über das
Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden
(KuRV)**

Vom 3. Juli 1962

Auf Grund des Art. 123 der Gemeindeordnung und des Art. 109 der Landkreisordnung erlassen die Bayerische Staatsregierung für die Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern und das Bayerische Staatsministerium des Innern für die Landkreise folgende Verordnung:

§ 1

§ 29 der Verordnung über das Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden (KuRV) vom 2. November 1938 (RGBl. I S. 1583) erhält folgende Fassung:

„Als Einzahlungstag gilt:

- a) für die Übergabe oder Übersendung von Zahlungsmitteln an die Gemeindekasse: der Tag des Eingangs;
- b) für die Überweisung oder Einzahlung auf ein Konto der Gemeindekasse und für die Einzahlung mit Zahlkarte oder Postanweisung: der Tag, an dem der Betrag der Kasse gutgeschrieben wird.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1962 in Kraft.
München, den 3. Juli 1962

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Hans Ehard

Bayerisches Staatsministerium des Innern
I. V. Junker, Staatssekretär

Verordnung

zur Änderung der Prüfungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Mittelschulen in Bayern

Vom 19. Juni 1962

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus erläßt im Einvernehmen mit dem Landespersonalausschuß und dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen gemäß Art. 19 Abs. 2 und 115 Abs. 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) vom 18. Juli 1960 (GVBl. S. 161) folgende Verordnung:

§ 1

Die Prüfungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Mittelschulen in Bayern vom 14. Januar 1961 (GVBl. S. 57) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 und Abs. 2 wird das Wort „Fachliche“ groß geschrieben.
2. § 3 Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:
„Der Vorsitzende, ein Stellvertreter und die beiden Dozenten des Staatsinstituts werden vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus bestellt.“
3. In § 4 Abs. 1 c) wird das Wort „beamtete“ gestrichen.
4. In § 6 Abs. 3 werden nach dem Wort „Gesamtnoten“ die Worte „und der Gesamtprüfungsnote“ eingefügt.
5. In § 8 Abs. 7 wird das Wort „und“ durch das Wort „mit“ ersetzt.
6. In § 11 Abs. 1, Abs. 10 und Abs. 11, sowie in § 18 Abs. 1 werden die Worte „schriftliche Hausarbeit“ durch das Wort „Facharbeit“ ersetzt.
7. In § 13 Abs. 2 wird nach den Worten „c) Deutsch und Englisch“ eingefügt „d) Englisch und Französisch“. Die danach folgenden Fächerverbindungen werden jeweils durch den Buchstaben bezeichnet, der im Alphabet auf den bisher zur Bezeichnung verwendeten Buchstaben folgt.
8. § 13 Abs. 3 erhält folgende Fassung: „Bewerber, die gemäß § 1 Abs. 2 die Befähigung für das Lehramt an Mittelschulen erwerben wollen, können die Prüfung auch in folgenden Fächerverbindungen ablegen:
a) Deutsch und Musik
b) Deutsch und das Fach Werken und Zeichnen.“
9. In § 13 wird als Abs. 4 angefügt:
„(4) Zur Prüfung aus den Fächerverbindungen mit Religionslehre können nur solche Studierende zugelassen werden, denen vor Beginn ihres Studiums vom Staatsministerium die Zulassung schriftlich in Aussicht gestellt worden ist.“

10. In § 17 Abs. 1 wird das Wort „Noten“ durch das Wort „Note“ ersetzt.

11. § 22 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Außer auf die in § 13 genannten Fächer kann sie sich auch auf das Fach Technisches Zeichnen beziehen.“

12. In § 23 Abs. 2 Satz 1 wird vor dem Wort „Prüfung“ das Wort „schriftlichen“ eingefügt.

13. In § 32 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:
„Das große Praktikum kann durch mehrere Einzelpraktika mit insgesamt mindestens 20 Wochenstunden ersetzt werden.“

14. In § 33 Abs. 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:
„Dieser Nachweis kann durch Bestätigung der Teilnahme an zwei Übungen für Fortgeschrittene ersetzt werden.“

15. In § 36 wird folgender Abs. 1 eingefügt:
„(1) Der Bewerber muß den Nachweis der erfolgreichen Teilnahme an einem Hauptseminar erbringen. Dieser Nachweis kann durch die Bestätigung der Teilnahme an zwei Proseminaren, deren Besuchserfolg mindestens mit ‚gut‘ beurteilt wurde, ersetzt werden.“ Der bisherige Abs. 1 wird Abs. 2, der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3, der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4.

16. § 43 erhält folgende Fassung:
„Die Anwärter erhalten Unterhaltszuschuß nach Maßgabe der Verordnung über den Unterhaltszuschuß für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vom 18. 10. 1960 (GVBl. S. 239) in der jeweils geltenden Fassung.“

17. In § 45 Abs. 1 wird vor dem Wort „etwa“ das Wort „insgesamt“ eingefügt.

18. In § 50 wird folgender Absatz angefügt:
„(5) Volksschullehrer, die sich gemäß § 1 Abs. 2 der Prüfung unterziehen, haben ihre Prüfungslehren gemäß § 54 abzulegen.“

19. § 62 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
„Die Prüfungsgebühr beträgt
a) für den Personenkreis des § 1 Abs. 1 (Lehramtsanwärter — M) 60,— DM
b) für den Personenkreis des § 1 Abs. 2 (Volksschullehrer) 30,— DM.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. April 1962 in Kraft.
München, den 19. Juni 1962

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus
Prof. Dr. Theodor Maunz, Staatsminister

Erste Verordnung

zur Durchführung des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft

Vom 20. Juni 1962

Auf Grund des § 1 Abs. 4 des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 29. August 1961 (BGBl. I S. 1622) und des § 2 Ziff. 2 der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 17. Mai 1962 (GVBl. S. 90) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

§ 1

(1) Der nach § 1 Abs. 4 des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft zu hörende Sachverständigenausschuß wird bei der Regierung von Unterfranken gebildet.

(2) Die Regierung von Unterfranken beruft in den Ausschuß als ständige Mitglieder auf die Dauer von drei Jahren

- 2 Sachverständige auf Vorschlag der Bayerischen Landesanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau,
- 2 Sachverständige auf Vorschlag des Fränkischen Weinbauverbandes sowie

einen Sachverständigen des Deutschen Wetterdienstes.

Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu berufen. Wiederberufung ist zulässig. Die Berufung kann aus wichtigem Grunde zurückgenommen werden.

(3) Dem Ausschuß gehören jeweils auch die Landräte (Oberbürgermeister) und die Vorstände der Landwirtschaftsämter oder ihre Beauftragten an, in deren Dienstbereich die von den Genehmigungsverfahren betroffenen Grundstücke liegen.

§ 2

(1) Die Regierung von Unterfranken bestimmt aus dem Kreis der ständigen Mitglieder (§ 1 Abs. 2) den Vorsitzenden des Ausschusses und seinen Stellvertreter.

(2) Die Geschäftsführung des Ausschusses obliegt der Regierung von Unterfranken.

(3) Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn der Vorsitzende oder sein Stellvertreter und mindestens 4 weitere Mitglieder anwesend sind; er beschließt mit Stimmenmehrheit.

§ 3

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenausschusses sind ehrenamtlich tätig. Soweit sie Angehörige des öffentlichen Dienstes sind, erhalten sie Reisekosten- und Auslagenersatz nach Maßgabe der für sie geltenden Bestimmungen. Die übrigen Mitglieder erhalten eine Entschädigung nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer bei den Gerichten vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 900).

(2) Die Entschädigung wird nur auf Antrag gewährt; sie wird von der Regierung von Unterfranken festgesetzt.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1962 in Kraft.
München, den 20. Juni 1962

**Bayerisches Staatsministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**
Dr. H u n d h a m m e r, Staatsminister

Verordnung

zur Änderung der Verordnung über die Erhebung von Benutzungsgebühren durch Dienststellen der Staatsforstverwaltung

Vom 28. Juni 1962

Auf Grund des Art. 25 Abs. 1 Ziff. 1 des Kostengesetzes vom 17. Dezember 1956 (BayBS III S. 442) und des § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Kostenverwaltung bei den Behörden des Freistaates Bayern vom 29. November 1960 (GVBl. S. 275) erlassen das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — soweit erforderlich, mit Zustimmung des Bayerischen Obersten Rechnungshofes — folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Erhebung von Benutzungsgebühren durch Dienststellen der Staatsforstverwaltung vom 11. Oktober 1956 (BayBS IV S. 560, LMBl. 1959 S. 76) wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird aufgehoben;
2. § 4 wird § 3, § 5 wird § 4.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1962 in Kraft.
München, den 28. Juni 1962

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
Dr. h. c. Rudolf Eberhard, Staatsminister
**Bayerisches Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**
Dr. H u n d h a m m e r, Staatsminister

Verordnung

zur Änderung der Durchführungsverordnung zum Umzugskostengesetz

Vom 3. Juli 1962

Auf Grund des § 14 Abs. 1 des Gesetzes über Umzugskostenvergütung der Beamten vom 3. Mai 1935 (RGBl. I S. 566) erläßt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Durchführungsverordnung zum Gesetz über Umzugskostenvergütung der Beamten vom 7. Mai 1935 (RBB S. 40) in der Fassung der Verordnungen vom 28. Juli 1953 (BayBS III S. 352) und vom 5. April 1954 (BayBS III S. 361) wird wie folgt geändert:

1. Nr. 16 Abs. 2 Buchst. h 5 erhält folgende Fassung:
„5. notwendigen Ersatz oder notwendiges Ändern von Rundfunk- und Fernsehgeräten einschließlich deren Antennen bis zum Höchstbetrag von zusammen 100 DM;“
2. In Nr. 16 Abs. 2 Buchst. 1 werden
 - a) die Worte „bis zu zwei Dritteln“ durch die Worte „bis zu drei Vierteln“ und
 - b) die Worte „bis zu 200 DM“ durch die Worte „bis zu 300 DM“ ersetzt.
3. In Nr. 18 Abs. 3 werden die Worte „50 vom Hundert“ durch die Worte „zwei Drittel“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1962 in Kraft. Sie findet auch Anwendung auf Umzüge, die vor diesem Tage begonnen, aber erst an diesem Tage oder später beendet wurden.

München, den 3. Juli 1962

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
Dr. h. c. Rudolf Eberhard, Staatsminister

Änderung

der Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofs für den Freistaat Bayern

Vom 15. Juni 1962

Auf Grund des § 24 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof vom 22. Juli 1947 (BayBS I S. 24) wird die Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofs für den Freistaat Bayern vom 24. Mai 1948 (BayBS I S. 29) geändert wie folgt:

- I. 1. § 2 erhält folgende Fassung:
„(1) Der Präsident bestimmt aus dem Kreis der berufsrichterlichen Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs zu seiner persönlichen Unterstützung und zur Durchführung der Verwaltungsgeschäfte einen Generalsekretär.
(2) Der Präsident richtet beim Verfassungsgerichtshof eine Geschäftsstelle ein und regelt durch Verwaltungsanordnung den Geschäftsgang und die Aktenordnung.“
2. In § 13 Abs. 3 ist statt: „Strafgerichtsverfassungsgesetz 1946“ zu setzen: „GVG“.
3. In den §§ 17 Abs. 3, 19 Abs. 3, 29 Abs. 1, 30 Abs. 3, 4 und 32 Abs. 1 ist statt: „Strafprozeßordnung 1946“ jeweils zu setzen: „StPO“.
4. In § 26 ist statt: „des Gesetzes Nr. 39 über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 25. September 1946 (BayBS I S. 147)“ zu setzen: „der Verwaltungsgerichtsordnung“.

II. Die Änderung tritt am 1. Juli 1962 in Kraft.

München, den 15. Juni 1962

Bayerischer Verfassungsgerichtshof
Dr. E l s ä ß e r, Präsident